

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	VA	PA	66.RR
Datum				29.09.2016
N I E D E R S C H R I F T				
Düsseldorf, den 22. November 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.50 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 23.06.2016**
3. **Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
4. **Information zum Planungsverfahren für den Übernachtungshafen Lobith (Projekt des niederländischen Ministeriums für Infrastruktur und Umwelt, der Provinz Gelderland, der Rijkswaterstaat und der Gemeinde Rijnwaarden)**
hier: Präsentation der Provinz Gelderland
5. **87. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Brüggen (Umwandlung ASB-E in BSN - FFH Gebiet im Brachter Wald)**
hier: Aufstellungsbeschluss
6. **Metropolregion Rheinland**
7. **Nachbenennung eines stimmberechtigten Mitgliedes nach § 7 Landesplanungsgesetz**
hier: Nachfolge von Herrn Udo Jessner
8. **Regionalplan Düsseldorf (RPD)**
(neu) hier: Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 20.09.2016 zu Vorranggebieten für Windkraft im Regionalplanentwurf

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Regierungspräsidentin Lütkes, Herrn Kreisdirektor und Kämmerer Martin Richter vom Kreis Mettmann sowie Herrn Gieslink aus der Provinz Gelderland, der in seiner Eigenschaft als Projektleiter unter dem Tagesordnungspunkt 4 über das Planungsverfahren für den Übernachtungshafen Lobith berichtet.

Herr Kreisdirektor Richter heißt die Sitzungsteilnehmer im Kreishaus des Kreises Mettmann willkommen, richtet Grüße des Herrn Landrat Hendele aus und wünscht erfolgreiche Beratungen.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und weist auf die vorliegenden Tischvorlagen hin.

Der Regionalrat stimmt der Tagesordnung zu.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 65. Sitzung des Regionalrates am 23.06.2016

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

TOP 3 Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka informiert über den aktuellen Stand der Flüchtlingssituation.

*Die gezeigte Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt und als Videoaufzeichnung auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 3 der Tagesordnung der 66. Regionalratssitzung gespeichert.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/doc/66RR_Tagesordnung/index.html

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 Information zum Planungsverfahren für den Übernachtungshafen Lobith (Projekt des niederländischen Ministeriums für Infrastruktur und Umwelt, der Provinz Gelderland, der Rijkswaterstaat und der Gemeinde Rijnwaarden)
hier: Präsentation der Provinz Gelderland

Herr Gieslink aus der Provinz Gelderland, berichtet über das Planungsverfahren für den Übernachtungshafen Lobith.

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 2**, die gezeigte Power-Point-Präsentation als **Anlage 3** beigefügt. Die Videoaufzeichnung ist auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 4 der Tagesordnung der 66. Regionalratssitzung abrufbar.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/doc/66RR_Tagesordnung/index.html

Es erfolgt eine Wortmeldung von Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

Der Regionalrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

TOP 5 87. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Brüggen (Umwandlung ASB-E in BSN - FFH Gebiet im Brachter Wald)
hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 3/ 65 PA bzw. 5/ 66 RR

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 3/65 PA bzw. 5/66 RR vom 23.08.2016.

Herr Post (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 29.09.2016 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 5/65 RR vom 23.08.2016:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Abs. 4 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) die Aufstellung der 87. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Brüggen (Umwandlung ASB-E in BSN – FFH-Gebiet im Brachter Wald).

2. Die in der Anlage 4 aufgeführten Beteiligten wurden zur Mitwirkung an dem Verfahren aufgefordert (§ 10 Abs. 1 ROG i. V. m. § 13 Abs. 1 LPlIG). Sie haben keine Bedenken vorgetragen. Die Öffentlichkeit hat ebenfalls keine Bedenken vorgetragen.
3. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, die 87. Änderung des Regionalplans gemäß § 19 Abs. 6 LPlIG der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 6: Metropolregion Rheinland

Vorlage: 6/ 58 StA bzw. 6/ 66 RR

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 6/58 StA bzw. 6/66 RR vom 11.08.2016. Herr Wurm (SPD) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Der persönliche Referent der Regierungspräsidentin, Herr Schürmann, berichtet seitens der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt.

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt. Die Videoaufzeichnung ist auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 6 der Tagesordnung der 66. Regionalratssitzung gespeichert.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/doc/66RR_Tagesordnung/index.html

Der Vorsitzende Herr Petruschke weist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge hin. Er betont, dass der Regionalrat nicht über die Satzung zu beschließen habe und der Metropolregion auch nicht beitrete. Es gehe allein um mögliche Anregungen zum Satzungsentwurf. Es könnten auch noch im kommenden Sitzungsquartal Rückmeldungen an die Steuerungsgruppe gegeben werden.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erläutert die Ausführungen seiner Fraktion und begrüßt den Brief der Regierungspräsidentinnen Düsseldorf und Köln, der nunmehr den Einstieg in eine breitere Diskussion ermögliche. Er schlägt vor, heute lediglich einen kurzen Beschluss zu fassen und sich intern noch einmal mit dem Satzungsentwurf zu beschäftigen. Es könne auch eine differenzierte Abstimmung zu den Einzelpunkten der Anträge erfolgen.

Der Vorsitzende, Herr Petruschke, erläutert den geplanten Zeitablauf des weiteren Formatierungsprozesses.

Herr Papen (CDU) äußert sich dahingehend, dass seine Fraktion mit dem vorliegenden Antrag keine Ausgrenzung interessierter Gebietskörperschaften von der Metropolregion Rheinland anstrebe, sondern eine klare Abgrenzung und Definition der Aufgaben und Zuständigkeiten.

Herr Vielhaus (CDU) betont nochmals, der Regionalrat sei in dieser Frage nicht das Entscheidungsgremium. Hier würden Diskussionen geführt und Anregungen gegeben.

Er bittet auch im Namen seines Fraktionskollegen, Herrn Schmickler (CDU), zu Protokoll zu nehmen, dass er dem Antrag seiner Fraktion zustimme, wobei er die in Punkt 2.a. des Antrags thematisierte Abgrenzung inhaltlich auf die seines Erachtens wichtige Abgrenzung der Planungsregionen voneinander beziehen.

Herr Thiel (SPD) erklärt, aus Sicht seiner Fraktion sei die Entstehung der Metropolregion Rheinland kein Negativreflex gegenüber der Metropolregion Ruhrgebiet, sondern erwachse aus sich selbst heraus, als starke Region mit starker Wirtschaft und attraktiven Strukturen. Je mehr bei dieser Entwicklung mitmachen würden, desto besser sei dies. Er erinnert daran, dass sowohl die Stadt Duisburg als auch der Kreis Wesel zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehörten, wenngleich sie planungsmäßig dem RVR zuzuordnen seien. Er spricht sich dafür aus, durch eine möglichst gemeinsame Positionierung des Regionalrates ein Signal zur Unterstützung des Gründungsprozess zu senden. Nach seinem Eindruck könne seine Fraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mittragen.

Herrn Schiffer (FDP/FW) merkt an, die Formulierungen des gemeinsamen Antrags von CDU und FDP/FW seien mit Bedacht gewählt. Es würden darin Punkte aufgezeigt, die in den kommunalen Gremien erörtert werden sollten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen von Herrn Wurm (SPD), Herrn Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) und Herrn Bechstein (SPD).

Der Regionalratsvorsitzende stellt fest, dass noch viel Diskussionsbedarf bestehe. Auf Antrag von Herr Wurm (SPD) unterbricht er die Sitzung für 10 Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung fasst der Regionalratsvorsitzende zusammen, dass sich für einen fraktionsübergreifenden Antrag keine einheitlichen Formulierungen der einzelnen Punkte abzeichneten. Den Fraktionen sei es selbstverständlich unbenommen, ihre Anträge als eigene

Vorschläge der Steuerungsgruppe zur Kenntnis zu geben. Auch könnten die Fraktionsgeschäftsführer eine gemeinsame Stellungnahme weiter sondieren.

Es sei aber in der Diskussion deutlich geworden, dass alle Fraktionen einstimmig begrüßten, dass eine Metropolregion Rheinland gebildet werden solle. Insofern eigne sich Ziffer 1 des Antrags von CDU und FDP/FW zur gemeinsamen Beschlussfassung in dieser Sitzung.

Herr Papen (CDU) bittet die Geschäftsführer der Fraktionen einen weiteren Versuch der Bündelung und Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zu unternehmen.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt von Herrn Welp (SPD).

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 29.09.2016 einstimmig den wie nachfolgend geänderten Beschluss zur Sitzungsvorlage 6/66 RR vom 11.08.2016:

Der Regionalrat Düsseldorf begrüßt die Initiative zur Gründung einer Metropolregion Rheinland. Dies ist ein wichtiger Schritt, die regionale Zusammenarbeit auszubauen und das Rheinland neben den bereits existierenden europäischen Metropolregionen zu etablieren und das Rheinland im regionalen, nationalen und internationaler Wettbewerb wirkungsmächtig zu positionieren.

Der Regionalrat beauftragt die Fraktionsgeschäftsführer, für das IV. Sitzungsquartal 2016 die Möglichkeiten eines fraktionsübergreifenden Antrags mit inhaltlichen Anregungen zur beabsichtigten Gründung des Vereins „Metropolregion Rheinland e. V.“ zu sondieren und einen solchen Antrag ggf. vorzubereiten.

**TOP 7 Nachbenennung eines stimmberechtigten Mitgliedes nach
§ 7 Landesplanungsgesetz**

hier: Nachfolge von Herrn Udo Jessner

Gegenstand der Beratungen war die Tischvorlage 7/66 RR.

Der Regionalratsvorsitzende begrüßt kurz Frau Sigrid Eicker (SPD), die mit Wirkung ab dem 01.10.2016 in Nachfolge von Herrn Jessner (SPD) vom Kreistag des Kreises Kleve in den Regionalrat Düsseldorf gewählt wurde und heute bereits anwesend ist. Er dankt Herrn Jessner (SPD) für die gute Zusammenarbeit in Planungsfragen und freut sich, dass Herr Jessner als beratendes Mitglied und sachkundiger Bürger weiterhin dem Ausschuss erhalten bleiben wird.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 29.09.2016 einstimmig den folgenden Beschluss zur Tischvorlage 7/66:

Der Regionalrat nimmt zur Kenntnis, dass der Kreistag des Kreises Kleve in seiner Sitzung am 06. September 2016 Frau Sigrid Eicker (SPD) als stimmberechtigtes Mitglied in den Regionalrat Düsseldorf gewählt hat.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion werden in den Ausschüssen folgende (Um-)Besetzungen vorgenommen:

- Der Regionalrat wählt **Frau Eicker** als Nachfolgerin von Herrn Bedronka (SPD), der als stimmberechtigtes Mitglied und stellvertretender Vorsitzender aus dem Strukturausschuss ausscheidet, in den Strukturausschuss.
- Der Regionalrat wählt **Frau Sinowenka** (SPD) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Strukturausschusses.
- Der Regionalrat wählt **Herrn Bedronka** als stellvertretendes Mitglied in den Strukturausschuss.
- Der Regionalrat wählt **Herrn Jessner** (SPD), nunmehr sog. sachkundiger Bürger, als stimmberechtigtes Mitglied in den Planungsausschuss.

TOP 8 Regionalplan Düsseldorf (RPD)

(neu) hier: Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 20.09.2016 zu
 Vorranggebieten für Windkraft im Regionalplanentwurf

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss, der gebeten habe, diesen Punkt auf die Tagesordnung des Regionalrates zu setzen.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) signalisiert Stimmenthaltung seiner Fraktion.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 29.09.2016 einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Vertreterin der Partei Die Linke den folgenden Beschluss:

Der Regionalrat fordert die Regionalplanungsbehörde auf, eine Überprüfung der dargestellten Vorranggebiete mit dem Ziel einer möglichst ausgewogenen Verteilung im Planungsraum vorzunehmen, um eine übermäßige Belastung einzelner Kommunen zu vermeiden.

Darüber hinaus unterstützt der Regionalrat die Forderung der Gemeinde Jüchen, Vorranggebiete ausschließlich im Bereich des Tagebaus Garzweiler darzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, auf der Tagesordnung seien keine weiteren Punkte vorgesehen.

Er spricht kurz die von der CDU-Fraktion im Nachgang zu den Beratungen im Verkehrsausschuss am 15.09.2016 gestellte Anfrage zu Stellenbesetzungen im Dezernat 25 an.

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka führt aus, es sei bisher nicht üblich, dass die Verwaltung den Regionalrat über einzelne Planstellen und deren aktuelle Besetzung informiere. Dabei würde er es auch gerne belassen. Er fügt hinzu, in der Bezirksregierung Düsseldorf arbeiteten fast 2.000 Menschen. Wie in jeder Organisation dieser Größenordnung gebe es tägliche Wechsel aus den unterschiedlichsten Gründen. Dadurch wäre es schon aus ganz praktischen Gründen kaum möglich, hier zeitnah zuverlässige Informationen zu geben. Hinzu komme, dass die Bezirksregierung als Bündelungsbehörde über Personal der allgemeinen inneren Verwaltung verfüge, deren Stellen nicht dezernatsscharf ausgewiesen seien. Selbstverständlich bemühe sich die Behörde ständig um einen sachgerechten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Beachtung möglicher ministerieller Vorgaben. Unabhängig davon weise er bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es derzeit für alle Behörden recht schwierig sei, entsprechend ausgebildetes und qualifiziertes Personal - gerade im Bereich der Inneren Verwaltung - zu gewinnen. Aufgrund dieser Erkenntnis hätten sich seit 2015 die Ausbildungszahlen in diesem Bereich fast verdoppelt. Dabei sei aber auch zu sehen, dass die Ausbildung drei Jahre dauere.

Weitere Wortmeldungen erfolgen von Herrn Bechstein (SPD) und Herrn Brügge (CDU).

Herr Petrauschke beendet die Sitzung um 11.50 Uhr.

gez. Petrauschke
(Vorsitzender des
Regionalrates)

gez. Reese
(stellvertr. Vorsitzender
des Regionalrates)

gez. Sablofski
(Schriftführerin
Geschäftsstelle)

Der Regionalrat Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 29.09.2016

Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	√
Brügge, Dirk	√
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl Heinz	√
Läckes, Manfred	
Müller, Michael	√
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus Jürgen	√
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	√
Wurm, Günter	√

FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	√
Laakmann, Otto	

Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	√
Tietz, Uwe	

Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	√

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	√
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka	Abteilung 1
Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Herr Oberregierungsbaurat Schürmann	RP-Büro
Herr Leitender Regierungsgewerbedirektor Wasen	Dezernat 20
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Oberregierungsrat Kießling	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32

Bezirksregierung
Düsseldorf 



Regionalratssitzung am 29.09.2016
im Kreishaus Mettmann

Regionalratssitzung - 1 Düsseldorf, 29.09.2016



Zugangszahlen

Bezirksregierung
Düsseldorf 

Seit einigen Wochen (weiter) deutliche Abnahme:
Verteilung über EASY: 1.000 pro Woche nach NRW
(weitere 400 unmittelbar, auch Ex-NRW/Folgeantragsteller)

zur Erinnerung: bundesweit 2015:	1.1 Mio.
bis 09/2016:	270.000

insgesamt in NRW in 2016:	60.000 über EASY
	+ 24.000 (s. o.)

Bericht MIK vom 21.09.2016 / LT-Vorlage 16/4255

Regionalratssitzung - 2 Düsseldorf, 29.09.2016



Herkunftsländer

Bezirksregierung
Düsseldorf



weiter Syrien	10 %
bundesweit Afghanistan	10 % (NRW nur 5 %)
bundesweit Nigeria	5 % (NRW 10 %)
NRW: Aserbaidshjan	10 %
Irak	5 %
Eritrea	5 %
Guinea	5 %

Regionalratssitzung - 3

Düsseldorf, 29.09.2016



Kapazität und Belegung

Bezirksregierung
Düsseldorf



in NRW:	01/2016	85.000 Plätze
	09/2016	57.000 Plätze (20.000 belegt)
	in 7 EAE's	
	36 ZUE's	
	77 NUE's	(01/2016: 265!)

Regionalratssitzung - 4

Düsseldorf, 29.09.2016



Kapazität und Belegung

Bezirksregierung
Düsseldorf



Ziel NRW:

EAE's 10.000 ⇒

BRD
2.700
Kutel / JHQ

s. Internet
BR Düsseldorf
www.brd.nrw.de

ZUE's 25.000 ⇒

15 x
(→ 7.000)

NUE's abbauen!
StandBy 10.000

(2.700)

Regionalratsitzung - 5

Düsseldorf, 29.09.2016



Einrichtungen

Bezirksregierung
Düsseldorf



- EAE
- EAE Essen (Kutel)
- EAE Mönchengladbach-Rheindahlen (JHQ)
- ZUE
- ZUE Neuss (Neubau)
- ZUE Neuss (Alexianerkrankenhaus) Nachfolgeprojekt
- ZUE Rees I - Groiner Kirchweg 4 (Drogenfachklinik "Horizont")
- ZUE Rees II - Depotstraße 41 (BW-Depot Haldern)
- ZUE Rheinberg I - Rheinberger Straße 375 (Orsoy)
- ZUE Niederkrüchten I - Roermonder Straße
- ZUE Viersen (Tengelmann/Kaisers)
- ZUE Duisburg (Barbara-Klinik)
- ZUE Willich I - Bahnstraße 26
- ZUE Ratingen II - Daniel-Goldbach-Str. 25 (Cemex/Readymix)
- ZUE Wuppertal V - Im Saalscheid 8 (Bergische Rehaklinik)
- ZUE Düsseldorf VII - Völklinger Straße 49 (LBV-Gebäude)
- ZUE Düsseldorf V - Bergerallee 23 (Behrensbau) (gegenwärtig: DUS)
- ZUE Weeze (Flughafen)
- ZUE Wuppertal IV - Bockmühle 16 - 24 (Art-Hotel)
- NUE
- NUE Solingen VI - Monhofer Str. 25

Regionalratsitzung - 6

Düsseldorf, 29.09.2016



Anrechnung Plätze Einrichtungen für Kommunen

Bezirksregierung
Düsseldorf



(Nach FLÜAG [neu])

	heute		01.04.2017		01.10.2017
EAE	1,3	⇒	1,0	⇒	0,7
ZUE	1,0	⇒	0,75	⇒	0,5
StandBy	0,1				

Regionalratssitzung - 7

Düsseldorf, 29.09.2016



Registrierung

Bezirksregierung
Düsseldorf



Neuzugänge werden – quasi tagesaktuell – ED-behandelt und mit
Ankunftsausweis ausgestattet.

Bislang nicht Registrierte werden bis Ende 09/2016 erfasst sein.

(Abbau EASY-Gap durch Zuführung an BAMF. Seit 23. KW > 100.000)

Regionalratssitzung - 8

Düsseldorf, 29.09.2016



Rückkehr-Management

Bezirksregierung
Düsseldorf



~ 60.000 ausreisepflichtige Personen in NRW, davon aber 46.000 mit Duldung (Stand 06/2016).

in 2016: 15.000 freiwillige Ausreisen (bis 08/2016)
(mit und ohne finanzielle Anreize)

Vorjahreszeitraum: ~ 5.000

und 3.000 Abschiebungen (bis 08/2016)

Vorjahr 2.300

Regionalratssitzung - 9

Düsseldorf, 29.09.2016

Wohnsitzauflage

Bezirksregierung
Düsseldorf



LT-Drucksache 16/4239 - Bericht MP'in vom 13.09.2016

Entwurf VO (MAIS) zu § 12 a AufenthaltsG

Ab 12/2016 Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge (3 Jahre)

Nach „Integrationschlüssel“: 80 % Einwohner

10 % Fläche

10 % Arbeitslosenquote

- 10 % bei Wohnungsknappheit

(Mietpreisbegrenzung)

- 10 % überdurchschnittlich viele
Arbeitssuchende aus
Osteuropa

Regionalratssitzung - 10

Düsseldorf, 29.09.2016



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

www.brd.nrw.de



Sprechzettel zum TOP 4/ 66. RR-Sitzung am 29.09.2016

Information zum Planungsverfahren für den Übernachtungshafen Lobith (Projekt des niederländischen Ministeriums für Infrastruktur und Umwelt, der Provinz Gelderland, der Rijkswaterstaat und der Gemeinde Rijnwaarden)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung.

Mein Name ist Gert-Jan Gieslink. Bis zum 1. Juli dieses Jahr war ich Projektleiter des Projektes „Übernachtungshafen Lobith“.

In dieser Rolle durfte ich für

- die Gemeinde Rijnwaarden,
- für das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt
- und für die Provinz Gelderland

über einen Zeitraum von viereinhalb Jahren an diesem schönen Projekt mitarbeiten. Gemäß Ihrer Einladung möchte ich Ihnen jetzt eine kurze Präsentation zeigen. Meinen Bericht habe ich anhand von vier Folien ausgearbeitet.

Sie finden auf Ihrem Tisch eine Karte vor.

Auf dieser sind angedeutet:

- die Standorte der Übernachtungshäfen, einschließlich der geplante deutschen Ruhehäfen,
- die Bereiche der Naturausgleichsmaßnahmen mit den Bezeichnungen „Nootenboom“ und „Stadswaard“,
- der „Vliegenwaard“ als Bereich für den flusskundlichen Ausgleich,
- das Grüngelände Spijk
- und natürlich (die Häfen) Spijk und Tuindorp.

Ich gebe Ihnen auch die Ansichtskarten, denn diese Vogelperspektiven zeigen sehr gut, wo welche Schiffe in Zukunft anlegen. Ich komme hierauf in meiner Präsentation später noch zurück.

Folie 1 - Einführung

Für den sicheren und zügigen Schiffsverkehr ist das niederländische Ministerium für Infrastruktur und Umwelt verantwortlich. Der Rhein bei Lobith ist ein sehr wichtiger Teil im niederländischen Hauptfahrwegenetz.

Jährlich passieren hier 140.000 Güterschiffe die Grenze. Die Berufsschifffahrt enthält Unterstützung durch Projekte, die einen sicheren und zügigen Verkehr auf unseren Flüssen gewährleisten sollen.

Im sogenannten „MIRT“ legt die zuständige Ministerin jährlich fest, welche Projekte in Angriff genommen werden sollen. Auch legt die Ministerin hierin fest, ob und gegebenenfalls mit wem sie zusammenarbeiten will, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Der Begriff „Projekt“ will hier sagen, dass das Vorhaben konkret Hand und Fuß hat und mit einem feststehenden Budget und Termin versehen ist.

Die Ministerin sowie der damalige Deputierte der Provinz Gelderland, Co Verdaas, vereinbarten, dass die Provinzverwaltung bei der Erstellung der Planstudie, eine wichtige Rolle spielen sollte. Vorgesehen wurde, dass das Provinzparlament einen Eingliederungsplan festlegt, damit das Ziel erreicht werden konnte.

Die Ministerin hatte erkannt, dass das Projekt Lobith vordem einfach nicht über den Anfangsphase hinauskommen würde, und ging, völlig zu Recht davon aus, dass die Einbeziehung der Provinz als Mittelbehörde neuen Elan generieren könnte.

Auf unser Drängen hin hat der Gemeinde Rijnwaarden in der Person des wethouder Herrn Jos Lamers der Provinzverwaltung zugesichert, in der Planungsvorbereitung tatkräftig mitzuwirken, obwohl wir zur Bedingung machten, dass man sich im Prozess der planerischen Erarbeitung alle drei in der Gemeinde vorhandenen potenziellen Standorte ansehen müsse. Auch den in der örtlichen Öffentlichkeit unerwünschten Standort im Gebiet „de Bijlandt“. Hierbei geht es um einen von Einwohnern und Touristen hochgeschätzten Erholungssee.

Die Kommune forderte die Partner auf, im Projekt die räumlich-wirtschaftsbezogenen Fragestellungen innerhalb der Gemeinde Rijnwaarden umfassender zu betrachten. Wir nannten dies "Chancen für Mitnahmeeffekte" (*meeekoppelkansen*) und hierauf komme ich später noch zurück.

Im Stuurgroep saßen folgende Personen:

- Für die Provinzverwaltung Gelderland die Deputierten Co Verdaas und später Josan Meijers,
- für die Ministerin die Direktorinnen der Obersten Wasserbehörde Rijkswaterstaat Frau Joke Cuperus und später Nelly Kalfs,
- für die Gemeinde Rijnwaarden der Wethouder Jos Lamers, Bürgermeister Marc Slinkman und letztens Bürgermeisterin Ella Schadd - de Boer.

In dieser Präsentation möchte ich sowohl näher auf das „Wie“ als auch auf das „Was“ des Projektes eingehen. Und ich kann alles bereits folgendermaßen zusammenfassen: Ich bin stolz auf dieses Projekt.

Den unterschiedlichen Entscheidungsträgern ist es in guter Abstimmung mit den vielen gesellschaftlichen Partnern, darunter auch mit Ihnen als deutschen Nachbarn, gelungen, koordiniert Entscheidungen vorzubereiten, die es ermöglichen, dass der bestehende Hafen Tuindorp von Rijkswaterstaat modernisiert wird und dass bei Spijk ein neuer Hafen angelegt werden kann.

Stolz bin ich auch darüber, dass wir in der Planungsphase keine Verzögerung erlebten und dass wir das auf 3,5 Millionen Euro festgelegte Planungsbudget nicht überschritten haben.

Es war sehr viel Arbeit, aber es war mehr als der Mühe wert.

Wir hatten im Projektverlauf viel Freude, auch wenn wir so manche harten Nüsse zu knacken hatten.

Folie 2 - Verwaltungsvereinbarungen: das Wie

Der sogenannte „Ansatz Geldrische Gebietsentwicklung“ (*Aanpak Gelderse Gebiedsontwikkeling*) wird durch eine schrittweise Entwicklung gekennzeichnet. Wir nutzten hierbei Vereinbarungen. Die markieren den Übergang von einer Phase in die nächste.

Sie werden sich vielleicht fragen:

Sind denn solche Vereinbarungen wirklich nötig?

Ja, und dies aus zweierlei Gründen. Zum einen hilft es uns dabei, bewusste Entscheidungen zu treffen:

- Ein Projekt läuft nicht „einfach so“!

In jeder einzelnen Phase stellen wir uns die Frage, warum wir im Projekt weiter als Partner mitarbeiten wollen oder ob wir stoppen. Und wenn wir weitermachen, klären wir ab, mit wem und wie wir dann fortfahren wollen.

Und eine Vereinbarung ist dann notwendig, wenn es schwer wird. Wenn es so aussieht, als könne sich einer der Partner nicht mehr in den Ausgangspunkten des Projektes wiederfinden. Ein Kennzeichen von Gebietsentwicklungsaufgaben und von Raumordnungsaufgaben ist wohl, dass es mindestens einmal richtig schwierig wird. Und dann kann man sich ja auf die Absprachen in den Verwaltungsvereinbarungen besinnen.

So hatten wir drei Vereinbarungen. Die fünf Punkte, die ich als wesentliche Punkte der Zusammenarbeit ansehe, und die verankert sind in den Vereinbarungen, möchte ich nennen:

- die Kräfte jedes Partners wechselseitig nutzen
- vor Ort und miteinander arbeiten
- an der Zusammenarbeit arbeiten, in diese Zeit und Geld investieren
- so schnell wie möglich sichtbare Resultate zeigen
- Bodenankäufe schon bereits während des Planungsprozesses vornehmen

Folie 3 - Das WAS

Um Schiffern ausreichend Gelegenheit zu bieten, Ruhezeiten einzulegen, hält die Ministerin an ihrer Planungsvorgabe fest, dass alle 30 Kilometer (beziehungsweise nach ungefähr zwei Stunden Fahrzeit) sichere Liegeplätze vorhanden sein müssen.

Rijkswaterstaat schafft die Häfen Tuindorp und Spijk mit zusammen 70 Liegeplätzen, welche die aktuell veralteten 25 Liegeplätze in Tuindorp dann ersetzen. Danach hebt Rijkswaterstaat die bestehenden Ankerplätze auf dem Fluss auf. Diese müssen aktuell noch toleriert werden, da wir in der Höhe von Lobith nicht über eine ausreichende Anzahl an Liegeplätzen verfügen.

Der Übernachtungshafen Lobith geht von 70 Liegeplätzen aus, die wir für 120 Millionen Euro anlegen müssen.

Die Wahl ist auf die Schaffung zweier Häfen gefallen, da dies die räumlich am besten funktionierende Lösung war:

- Der Hafen in Tuindorp wird modernisiert und es wird ein neuer Hafen im Gebiet „de Beijenwaard“ angelegt.

Im zu modernisierenden Hafen Tuindorp werden 18 moderne Liegeplätze für Schiffe mit einer Länge von 110 Metern geschaffen. Der Hafen erhält eine neue, breitere Einfahrt mit einem Richtmast, der die Ein- und Ausfahrt deutlich erleichtern wird. Der Hafen Tuindorp erhält keine Kegelliegeplätze.

Der neu zu schaffende Hafen Spijk wird:

- mit etwa 40 Liegeplätzen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern versehen,
- von denen neun Liegeplätze für 1-Kegelschiffe geeignet sind, das sind Schiffe mit einer entzündlichen Ladung.
- Spijk erhält auch *einen* Liegeplatz für 2-Kegelschiffe, die giftige Ladung transportieren.
- Und der Hafen bekommt einen langen Pier und eine Reihe mit Pollern zum Festmachen von Koppelverbänden.

Beide Häfen erhalten einen Autolandesteg für den Weg zur Schule, zu den Geschäften oder beispielsweise zum Gottesdienstbesuch.

Beide Häfen bekommen einen Betriebslandesteg, an welchem Schiffe mit während der Fahrt aufgetretenen Fahrproblemen festmachen können.

Beide Häfen erhalten eine Landstromversorgung, um der Notwendigkeit einer Eigenerzeugung von Elektrizität vorzubeugen, wodurch eine Reduzierung von Lärm und Stickstoffemissionen erreicht wird.

Beide Häfen bekommen einen Radarfassungsbereich, Parkplätze sowie eine Abfallsammelstelle.

Bezüglich der untersuchten **Mitnahmeeffekte** hat der Stuurgroep für folgende Punkte Raum geschaffen:

- Der Dorfkern von Spijk wird saniert;
- beim Dorfhaus in Tuindorp wird investiert;
- es wurden von drei unterschiedlichen Künstlern drei Kunstwerke geschaffen - jene Mitglieder des Regionalrates, die nahe an der Grenze, z.B. in Kleve, wohnen, müssten nachts eine Licht-Installation auf dem Schornstein der Steinfabrik sehen können;
- Verbesserungen für zwei existierende Firmen in Tuindorp;
- auf dem Deichkörper Spijksedijk wird ein eigenständiger Fahrradweg angelegt;
- das Grüngelände Spijk erhält Stellplätze für Camper sowie eine Ladestation für Elektrofahrräder.

Folie 4 - Das ADC-Verfahren

In den Niederlanden umfasst das Verfahren mit dieser Buchstabenkombination folgende Untersuchungskriterien und Suchrichtungen. Die Buchstaben stehen für die Begriffe

A für Alternativen;

D für zwingende (*dwingende*) Gründe von großem öffentlichem Interesse und

C für Kompensation (*compensatie*), also für Ausgleichsmaßnahmen.

Sich für den Ausgleich von Naturwerten zu entscheiden, bedeutete, den für die Niederlande sehr unüblichen Weg zu gehen, die Grenzen der europäischen Naturgesetze zu tangieren. So schreibt die europäische Vogel- und Lebensräume-Richtlinie vor, dass dann, wenn signifikant negative Effekte für (gemäß der europäischen Vogel- und Lebensräume-Richtlinie) unter Schutz gestellte Arten *nicht* ausgeschlossen werden können:

- Untersucht werden muss, ob es keine anderen realen Alternativen gibt, die zu weniger großen Schäden führen;

- untermauert werden muss, dass sich hier von einem zwingenden Grund von großem öffentlichen Interesse sprechen lässt und
- Negativ-Effekte ausgeglichen werden müssen.

Dennoch dachte ich und hielt ich auch entsprechend dem Stuurgroep vor, dass dies schlicht unvermeidlich sei, weil alle drei zu untersuchenden Standorte zwingend zu einer Schädigung von unterschiedlichen Arten von Natur führen würden.

Wir untersuchten also nicht nur, was so alles an Schäden auftreten würde, sondern erarbeiteten gleichzeitig zusätzlich, wie wir dies ausgleichen könnten. Und diese Ausgleichsmöglichkeiten wurden zum Teil in bereits in Umsetzung befindlichen Flussprojekten (*Waalweelde*) gefunden, im Gebiet „de Rijnstrangen“ (siehe Kärtchen) sowie innerhalb des Planungsraums beim neuen Hafen Spijk.

Es wurden hierüber Fragen gestellt von der niederländischen Umweltorganisation “Vogelbescherming“ und von einer betroffenen Familie, die im Projektgebiet wohnt;

die Stellungnahme lautet:

- Was, wo und wann entsprechen nicht den Kriterien von Europa
- und Sie haben die Ausgleichsmaßnahmen fehlerweise nicht bei der europäischen Kommission gemeldet?

Spannend für Uns.

Wir werden somit Rechtsprechung bekommen, weil der Richter die europäischen Richtlinien auslegen wird. Diese Interpretationen werden für andere Raumordnungsprojekte in den Niederlanden von großer Bedeutung sein.

Folie 5 - Ende

Ich hoffe, Ihnen in der kurzen Zeit einen guten Rückblick auf das Projekt vermittelt zu haben und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gerne möchte ich jetzt Ihre Fragen beantworten.

Haben Sie Fragen?



Eine Zusammenarbeit mit Ergebnis

- Ein Projekt mit Hand und Fuß
- Teilnehmende Partner
- *Stuurgroep* Übernachtungshafen Lobith
- Der Planungsprozess umfasst die Durchführung einer Planstudie sowie die Koordination der Verfahren
- Die Oberste Wasserbehörde *Rijkswaterstaat* (RWS) befasst sich mit der Umsetzung

Drei Verwaltungsvereinbarungen

Ansatz Geldrische Gebietsentwicklung

Fünf Merkmale der Zusammenarbeit im Projekt



Was?

Projekt Übernachtungshafen Lobith

- 70 Liegeplätze, € 120 Millionen, zwei Häfen

Tuindorp

- 18 moderne Liegeplätze

Spijk

- ungefähr 50 neue Liegeplätze

Einrichtungen in den Häfen

Mitnahmeeffekte für die Kommune (Gemeinde) Rijnwaarden

Dem ADC–Verfahren nicht ausgewichen

Einzigartig, obgleich es nicht nötig sein sollte

- Vogel- und Lebensräume-Richtlinie
- Ausgleichsmaßnahmen
 - Was ?
 - Wo ?
 - Rechtzeitig
 - Meldung erstatten
- Urteil des Richters ergeht im Februar 2017

Haben Sie noch Fragen?



Sprechzettel zum TOP 6/ 66. RR-Sitzung am 29.09.2016

Metropolregion Rheinland

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Regierungspräsidentin Lütkes hätte heute gerne persönlich zum Thema Metropolregion Rheinland gesprochen. Dies ist ihr heute leider nicht möglich. Daher hat sie mich gebeten, kurz zu diesem Tagesordnungspunkt einzuführen.

Die Ihnen vorliegende Sitzungsvorlage enthält wesentliche Informationen zur geplanten Metropolregion Rheinland. Insbesondere zu den Zielen und einer möglichen Organisationsform.

Diese Unterlagen wurden von der Steuerungsgruppe erarbeitet und Anfang Juli den Kreisen, Kommunen und Kammern im Rheinland, also den potentiellen Mitgliedern der Metropolregion Rheinland, zur Verfügung gestellt.

Die Vorschläge haben – erfreulicherweise - zu einer lebhaften Debatte geführt. Die Gründung einer Metropolregion als Verein wird dabei größtenteils positiv gesehen. Es gibt aber offenkundig in den zuständigen Gremien noch weiteren Beratungsbedarf.

Die bisher an uns herangetragenen Bedenken betreffen insbesondere

- die konkrete Organisation
- die Partizipation der Fraktionen vor Ort an Entscheidungen des Vereins
- die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen.

Ebenso zeigen die bisherigen Rückmeldungen, dass die konkreten Vorteile einer Metropolregion noch deutlicher herausgestellt werden müssen.

Damit die politischen Vertreter genügend Zeit und Gelegenheit erhalten die Vorlagen ausführlich zu beraten sowie Anregungen und Änderungsvorschläge zu formulieren, wurde von der Steuerungsgruppe beschlossen, dass der den Unterlagen zu entnehmende Zeitplan angepasst werden muss.

In einem gemeinsamen Schreiben der Regierungspräsidentinnen aus Köln und Düsseldorf an alle potentiellen Gründungsmitglieder der Metropolregion Rheinland wurde daher noch einmal deutlich gemacht, dass der vorliegende Entwurfsstand keine endgültige Beschlussvorlage sein soll, auf deren Basis über den Beitritt zu beschließen ist. Vielmehr werden alle Gremien explizit gebeten, Anregungen und Änderungsvorschläge zum vorliegenden Satzungsentwurf zu formulieren.

Die eingerichteten vier Arbeitsgruppen und die beteiligten Regionalmanagements haben sich bereits letzte Woche getroffen, um die inhaltliche Beschreibung möglicher Aufgaben und Projekte konkreter zu fassen. Ziel ist ein Arbeitsprogramm, in dem deutlich werden muss, wo der inhaltliche Mehrwert einer Metropolregion Rheinland liegt.

Die Steuerungsgruppe wird – voraussichtlich nach den Herbstferien – alle dann vorliegenden Rückmeldungen beraten und den Satzungsentwurf entsprechend überarbeiten.

Satzung und Arbeitsprogramm werden dann in einer weiteren Vollversammlung voraussichtlich im Herbst allen Akteuren vorgestellt.

Im Anschluss müssen dann die Räte und Kreistage der möglichen Gründungsmitglieder über den überarbeiteten Satzungsentwurf beraten und dann abschließend über den Beitritt zum Verein abstimmen.

Eine Vereinsgründung könnte dann zu Beginn des Jahres 2017 angestrebt werden.

Wir glauben, dass die Gründung der Metropolregion Rheinland ein wichtiger Schritt ist, der die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Rheinland auf eine neue Stufe stellen wird.

Die jetzt geführte Debatte bietet dabei die große Chance, um einen möglichst breiten regionalen Konsens zu finden und mit der Gründung eines Vereines einen erfolgreichen ersten Schritt zu tun.

Frau Lütkes ist es daher sehr wichtig noch einmal zu betonen, dass eine umfassende Diskussion des vorliegenden Entwurfes sowie Anregungen und Änderungswünsche ausdrücklich erwünscht sind!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.